

MHM

Mitteilungsblatt für
Mürzzuschlag - Hönigsberg - Ganz

Information der



Klein, aber
mit Biss!



Nr. 122, Dezember 2015

Ein friedliches, gesundes und
gutes Jahr 2016 wünscht die
KPÖ Mürzzuschlag
sowie die Gemeinderäte
Franz Rosenblattl, Sandra Kern
und Stefan Sommersguter



Kommentar

Franz Rosenblattl



In Kürze ist das Jahr 2015 Geschichte. Gestatten Sie mir einen kurzen Rückblick darauf.

Es war ein Jahr mit einigen Besonderheiten- positiven, negativen und solchen die man (noch) nicht bewerten kann.

Das erste einschneidende lokale Ereignis war wohl die Fusion der Gemeinden Mürzzuschlag und Ganz. Mittlerweile kann man ruhigen Gewissens sagen, dass diese Zusammenlegung kaum Vorteile aber auch kaum Nachteile gebracht hat. Lediglich die kommunale Vertretung der Ganzer in einem Gemeinderat ist leider nicht mehr gegeben. Ansonsten gibt es keine gravierenden Folgen, dass ist auch gut so!

Im März wurde ein neuer Gemeinderat gewählt. Die KPÖ ging gestärkt aus dieser Wahl hervor und konnte auf Grund der neuen Konstellation zu einer (mit-)bestimmenden Kraft werden. Für uns stellte sich die Frage ob wir weiterhin fundamentale Oppositionspolitik betreiben oder ob wir versuchen durch Einflußnahme die eine oder andere Verbesserung umzusetzen und die eine oder andere Ungerechtigkeit verhindern können.

Wir entschieden uns für diese neue Möglichkeit und übernahmen Verantwortung. Somit können FPÖ und ÖVP beruhigt Opposition betreiben und alles Ablehnen- sogar ihre eigenen Anträge (Wasser, Kanalgebühr). Die unangenehmen, aber notwendigen Beschlüsse führen ja eh die andern durch...

Die Wiedereinführung des Wohnungsausschusses sowie die Besetzung eines Wohnungsreferenten schaffen Möglichkeiten für eine fortschrittliche Politik im Interesse der Mieter. Seit langem ist uns das Verkehrschaos ein Dorn im Auge. In Hönigsberg läuft ja schon die Einbahnregelung. Im kommenden Jahr werden wir uns wieder mit der Hönigsberger Bevölkerung zusammensetzen und die Erfahrungen austauschen sowie Verbesserungen einfließen lassen. In Mürzzuschlag wird es nicht so einfach sein, da gibt es verschiedenste Interessen und permanente Einflußnahmen von diversen Interessensgruppen. Diese stellen oftmals ihr privates Interesse über das Öffentliche.

Ich kann Ihnen versprechen, dass wir im Gemeinderat nur einem verpflichtet sind: Den Menschen in unserer Stadt! Darüber hinaus wollen wir mit allen jenen, denen ein gedeihliches Weiterkommen der Gemeinde ein Anliegen ist, zusammenarbeiten.

In diesem Sinne darf ich Ihnen persönlich auch ein glückliches, neues Jahr wünschen!

Franz Rosenblattl

Bankerl am Radweg Neuberg

KP-Gemeinderat Sommersguter richtete die Anfrage an den Bürgermeister bezüglich fehlenden Parkbänken entlang des Radweges (R5) nach Neuberg. So befindet sich die einzige Sitzbank noch vor der Auwehr, danach gibt es erst wieder in Kapellen eine Rastmöglichkeit. Während am Radweg Richtung Langenwang genug Bänke aufgestellt sind, sind es am R5 eindeutig zu wenig.

Bgm Rudischer versprach, dass es im Frühjahr eine Verbesserung der Situation geben wird.



Achtung: Letzte Sitzgelegenheit vor der Grenze (4 km)

Gefahrenstelle Tennishalle

Auch die zweite Anfrage von GR Sommersguter betraf den R5. Bei der Tennishalle in Richtung Auwehr ist eine total unübersichtliche, weil von Stauden zugewachsene Kurve. Während Radfahrer zum Teil mit zu hoher Geschwindigkeit aus der Kurve fahren, hinter der sich spielende Kinder, Spaziergänger oder parkende Autos befinden. Um als erste Maßnahme zur Entschärfung einmal eine bessere Sicht zu gewährleisten, wäre die Reduktion des Grünwuchses an dieser Stelle notwendig.

Bgm Rudischer antwortete, dass dieser Bereich an sich schon kritisch ist, weshalb man dort sehr vorsichtig sein muss. Man werde aber den notwendigen Rückschnitt durchführen.

(Anmerkung der Redaktion) Mittlerweile wurde auch gegenüber der Tennishalle ein Rückschnitt durchgeführt. Allerdings unzureichend was den Kurvenbereich betrifft. Hier gehört etwas gemacht.



ie KPÖ hat im Gemeinderat angefragt...

833 Gemeindewohnungen

Wohnungsreferent Rosenblattl von der KPÖ beantwortete eine Anfrage von VP-GR Lukas betreffend Gemeindewohnungen. Die Stadtgemeinde Mürzzuschlag betreibt zur Zeit 833 Gemeindewohnungen, davon sind 10 frei, 7 Wohnungen derzeit in Sanierung, 7 Wohnungen werden derzeit nicht saniert. Diese werden rückgebaut. Die Preise sind unterschiedlich, von EUR 1,46/m² bis EUR 4,46/m². Im Vergleich dazu kosten die Wohnungen in Krieglach, wo es nur sanierte Wohnungen gibt, EUR 4,00/m². Die generalsanierten Wohnungen in Kindberg liegen bei EUR 6,50/m². Der größte Teil der Mieter in Mürzzuschlag wohnt in Wohnungen zwischen EUR 3,25/m² und EUR 3,72/m².



Öffentliches WC im Mürz-Center?

KPÖ-Gemeinderat Kern richtete die Anfrage an den Bürgermeister, ob er nicht mit dem Betreiber des Einkaufszentrums über die Errichtung einer öffentlich zugänglichen WC Anlage initiativ werden könne? Bgm Rudischer antwortete lediglich, dass der Betreiber seines Wissens nach dies nicht plane. *(Anmerkung der Redaktion) Vielleicht sollte man einmal mit dem Betreiber des Einkaufszentrums drüber reden. Letztendlich will dieser ja etwas von der Gemeinde, nur angesprochen drauf müsste er halt werden...*



Mehr Gassisackerlspender...

...für Hönigsberg forderte GR Kern und fragte warum eigentlich in Hönigsberg so wenig Spender aufgestellt sind. Selbst auf traditionellen Hundeauslaufwegen sind diese, falls überhaupt vorhanden, dünn gesät. Bgm Rudischer wird sich laut seiner Aussage um die Sache annehmen. Schauen wir mal...



Sitzungssaal sanieren!



Der Sitzungssaal im Rathaus ist relativ klein. Wenn Zuhörer, Bedienstete oder Presseleute anwesend sind, ist er viel zu klein. Eine Belüftung ist nicht vorhanden, geschweige denn eine Klimaanlage, sodass nach einer Stunde die Luft verbraucht ist und somit ein gutes, konstruktives Arbeiten nur unter schwierigsten Bedingungen möglich ist. Fenster können durch den Straßenlärm nicht geöffnet werden, dann versteht man nichts mehr. Die Zuhörerzahl darf nicht höher als 10-12 sein, sonst gibt es nur mehr Stehplätze und die verteilt im Raum. Wenn dann noch dazu, wie es

des öfteren geschieht, eine Lehrerin mit ihren Schülern im Sinne der Demokratieerziehung die Gemeinderatssitzung besucht, wird es für die Anwesenden unzumutbar. Eine Sanierung mit Vergrößerung oder eine Verlegung des Sitzungssaales ist trotz der engen budgetären Situation ein Muss. GR Rosenblattl fragte daher bei der letzten Sitzung Bgm Rudischer wann wohl hier Abhilfe geschaffen wird. Rosenblattl: „Es ist eine Zumutung für die BesucherInnen und auch für die Gemeinderäte. Im nächsten Budget muss für Verbesserung gesorgt werden.“

Die KPÖ im Gemeinderat...

Budget 2016

Der Haushaltsvoranschlag für 2016 wurde ausgeglichen erstellt. Darüber hinaus mussten keine Schulden aufgenommen werden. Die Tarifierhöhungen hielten sich in Grenzen. Ja, auch die Bedarfszuweisungen des Landes überstiegen die Höhe der Landesumlage. Auf deutsch gesagt bekommen wir mehr vom Land als wir ans Land zahlen. Die Leistungen der Gemeinde bleiben auf dem Niveau der letzten Jahre. **Das war das Positive.**

Negativ ist der Umstand, dass nur ein Griff in den Sparstrumpf das Überleben sichert, was tun wir aber, wenn das Ersparte (Rücklagen) weg ist? Sperren wir das Hallenbad zu, oder das Casino, oder den Stadtsaal? Vielleicht einen der Kindergärten oder verweigern wir dem Kunsthaus die Subventionen? Wir sehen sehr wohl die Problematik, vor der nicht nur unsere Gemeinde steht. Die Verteilung der Steuermittel zwischen Bund, Land und Gemeinden befindet sich auf einer schiefen Ebene. Immer mehr Aufgaben müssen die Gemeinden erledigen, während sie immer weniger Steuermittel bekommen.

Uns ist bewusst, dass jene, die jammern (Gemeinden) die gleichen Parteibücherei haben wie jene, die ungleich verteilt (Bund). Nur ändert dies alles nichts an der momentanen Situation. Die Gemeinden (zumindest in der Mur-Mürz Furche) leiden alle an denselben Problemen – der Abwanderung sowie der Aufrechterhaltung der Infrastruktur!

KPÖ stimmt zu

Die KPÖ, SPÖ und die Grünen stimmten dem Budget 2016 zu. Somit konnte die FP und die VP beruhigt Opposition spielen und dagegenstimmen. Tatsächlich wissen diese beiden Parteien genau, dass es zur Zeit keine nennenswerten Alternativen gibt. Ein Budget mehrheitlich abzulehnen, würde bedeuten: keine Subventionen, keine Unterstützungen, keine Förderungen, keine Investitionen etc. Wir haben auch keine Freude mit diesem Voranschlag, allerdings fehlt uns der alternative Vorschlag von FP und VP: Das Kunsthaus oder das Casino zusperren, Subventionen an die Brahm's Gesellschaft und an die Hönigsberger Kinderfreunde streichen? Die Bücherei zusperren oder den Hönigsberger Kindergarten? Nein, so läuft keine ehrliche, seriöse Politik. Das ist Politik, die verdrossen macht und letztendlich das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik diskreditiert. Wir wollen etwas anders, daher haben wir diesem Budget trotz unserer Bedenken zugestimmt.

Causa Einkaufszentrum

Der Betreiber des Einkaufszentrums Mendlik richtete an die Gemeinde Mürzzuschlag ein Ansuchen um eine Änderung im Flächenwidmungsplan betreffend EKZ Mürzzuschlag durchzuführen. Der darauf aufgesetzte Bebauungsplan sieht eine maximale Fläche von 3000 qm vor. Mendlik hat jedoch größer gebaut und wesentlich die Flächen vermietet, an die Firmen Kik und Handy Shop. Nachdem Mendlik die Gemeinde beim Verfassungsgerichtshof geklagt hat und abgeblitzt war versucht er es nunmehr am legalen Weg. KiK ist inzwischen weg, ein großer Teil des Einkaufszentrums leerstehend und nebenbei die Mendlik-Errichtungs GesmbH in Konkurs gegangen – mit exorbitanten Schulden bei Herbitschek.

Pleite eines Mürz Centers hilft der Innenstadt mit Sicherheit nicht!

Soweit die Fakten. Aber hinter Fakten stehen Menschen. Angestellte bei KiK und in Folge bei den anderen Betrieben im EKZ. Genau so wie im Innenstadtbereich. In den vergangenen Jahren wurde es versäumt eine Koordination herzustellen. Hier versagte aber das Stadtmarketing und die Mürz Agentur. Es unterscheidet zwischen Angestellten und Angestellten und zwischen Firmen und Firmen. Bevorzugte die und benachteiligte jene. Tatsächlich verfolgte es die Interessen der Betreiber und nicht der Kunden und schon gar nicht der Beschäftigten.



Wir glauben, dass es ein freies, unbeeinflusstes Marketingkonzept geben sollte, dass weder die Innenstadtbetriebe noch jene im EKZ benachteiligt oder bevorzugt. Darum stimmten wir für die Änderung: Für die Angestellten von KiK und nicht für Mendlik und nicht fürs Stadtmarketing. Nur die KPÖ und die FPÖ stimmten für den Antrag, der somit abgelehnt wurde.

Parkgebühren wiedereingeführt

Ab 1. April 2016 gibt es wieder eine Parkgebühr in Mürzzuschlag. Als diese erstmals eingeführt wurde jammerte der „normale Bürger“ zwar, aber bei weitem nicht so, wie die Innenstadtbetriebe oder das Stadtmarketing über den so „gravierenden Wettbewerbsnachteil“. Freuen konnte sich die Finanzabteilung der Gemeinde, die über ca 100.000 Euro Mehreinnahmen verbuchen konnte. Und der Autofahrer, der plötzlich einen Parkplatz direkt vor dem Zahnarzt oder der Gemeinde bekam.

Vor zwei Jahren hatte das Jammern des Stadtmarketing und seines Obmanns Fuchs Erfolg. Als sogenannte „Chancengleichheit“ gegenüber dem Einkaufszentrum wurden die Parkgebühren abgeschafft. Seitdem klafft zwar im Gemeindehaushalt ein großes Loch, nicht jedoch am Stadtplatz, da findet man keine Lücke. Es ist fast unmöglich, schon bei der ersten Innenstadttrunde



einen Parkplatz zu ergattern. Wer es nicht schafft, probiert halt eine weitere...

Es war eine Frage der Zeit, wann diese Entscheidung rückgängig und die Wiedereinführung der Parkgebühren kommen wird.

Nun kommen die Gebühren wieder, den meisten Autofahrern ist es ziemlich egal – denn drei Innenstadttrunden kosten inklusive Ärgern auch fast so viel wie ein Parkzettel. Aber es ist auch ziemlich sicher ein Parkplatz zu finden.

Wohnungsreferent Franz Rosenblattl berichtet:



Mieter beanspruchten über den Mieterschutzverband die Betriebskostenabrechnung und bekamen Recht:

8052 € an Mieter zurückgezahlt

Vor zwei Jahren beanstandete eine Gruppe von 10 Mietern die Betriebskostenabrechnung der Gemeinde und beauftragte den Mieterschutzverband (Wir berichteten).

Dabei stellte sich heraus, dass es sich um eine teils fehlerhafte Abrechnung handelte. Es betraf hauptsächlich ungerechtfertigt verrechnete Rauchfangkehrergebühren. Mittlerweile wurden diese Beträge vom Rauchfangkehrerunternehmen an die Gemeinde rückerstattet und eine neue Vorgangsweise bei Abrechnung von Rauchfangkehrerarbeiten vereinbart.

Insgesamt wurden 8.052 € an alle betroffenen 70 Mieter zurückbezahlt. Somit hat sich der Einsatz einiger Weniger für Viele gelohnt.

Eigentlich sollten sich die restlichen 60 Mieter bei jenen zehn bedanken die für sie diesen Erfolg erkämpft haben. Sie haben nicht nur Konsequenz gezeigt, sondern auch einen finanziellen Aufwand (Mitgliedschaft beim Mieterschutzverband) auf sich genommen.

WOHNBEIHILFE: Einkommensgrenze zu niedrig

Die Arbeiterkammer hat ausgerechnet, dass Mieten allein in den Jahren zwischen 2008 und 2014 um 18,7 % und Betriebskosten sogar um 19,5 % teurer geworden sind. Im selben Zeitraum wurde die Wohnbeihilfe nicht nur nicht erhöht, sondern sogar gekürzt (von 182 auf 143 Euro). Für nächstes Jahr ist wieder keine Erhöhung der Wohnbeihilfe vorgesehen. Die Bemessungsgrundlage (die Einkommensgrenze, ab welcher überhaupt Wohnbeihilfe gewährt wird) soll nur geringfügig, angehoben werden - um 10 Euro von 872 auf 882 Euro.

„Wenn man weiß, wie teuer die Wohnungen werden, kann man diese Erhöhung der Bezugsgrenze nur für einen schlechten Scherz halten“, sagt der Mürzer Wohnungsreferent. Die Anhebung der Einkommensgrenze um 10 Euro bedeutet, dass jemand mit 888 Euro Einkommen oder Pension bereits keine Wohnbei-

hilfe mehr bekommen kann. „Und das in Zeiten, wo unter 500 Euro eine kleine Ein-Personen-Wohnung oft schon nicht mehr zu bekommen ist“, macht Rosenblattl deutlich.

Aufgrund der niedrigen Einkommensgrenzen greift die Wohnbeihilfe schon seit langem nicht mehr. Nur eine deutliche Erhöhung der Bemessungsgrundlage würde die Gruppe jener, die Wohnbeihilfe beziehen können, ausweiten. „Die Einkommensgrenze muss mindestens entsprechend der Preissteigerungen bei den Mieten angehoben werden. Nur so könnte man die Teuerung für einkommensschwache Menschen abfangen“, so der Wohnungsreferent. „Darüber hinaus darf es nicht zu so langen Wartezeiten bei der Bearbeitung im Land kommen. Es ist eine Zumutung wenn man monatelang auf einen Bescheid warten muss! Der Vermieter wartet nicht so lange...“

„Bedarfszuweisungen“ KPÖ für Offenlegung der Verwendung von 147 Mio. Euro!

Seit 2006 legt die steirische Landesregierung die Verwendung sämtlicher Fördergelder in einem Bericht offen. Allerdings verschweigt der Bericht, wie die „Bedarfszuweisungen“ an die Gemeinden aufgeteilt werden. In einem Antrag wollte die KPÖ forderte im Landtag die Offenlegung der Zuweisungen, die aus den Kassen der Gemeinden zuerst ans Land fließen und danach großzügig von den politischen Referenten Schützenhöfer und Schickhofer an „Ihre“ Gemeinden als Bedarfszuweisung umverteilt werden.

Im Jahr 2014 wurden insgesamt 147 Millionen Euro an steirische Gemeinden ausgezahlt. Damit wurden 2967 Projekte finanziert. Aus dem Förderbericht geht weder hervor, um welche Projekte es sich handelt, noch welche Gemeinden in den Genuss dieser Gelder gekommen sind.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Jährlich wird ein dreistelliger Millionenbetrag ausgegeben und die Bevölkerung erfährt nicht, was damit finanziert wird, welche Gemeinden diese Zuwendungen erhalten. Wenn das Geld sinnvoll eingesetzt wird, gibt es auch keinen Grund für die Geheimhaltung.“

Pensionen: Nur Bescheidene Erhöhungen im Jahr 2016

Die Pensionen werden, angelehnt an die Inflationsrate, um 1,2 Prozent erhöht. Ebenso steigen die Politikerbezüge 2016 um knapp 1,2 Prozent. ABER: Beim Landeshauptmann macht das ca. 200 Euro monatlich aus, bei einer Mindestpension ca. 10 Euro. Auch die Lohnerhöhungen fallen niedrig aus und liegen beica. 1,5 Prozent. Es gäbe ja die Steuerreform, so wird argumentiert. Hier gibt es wieder einen Vorteil für die großen Polit-Einkommen, die wir untenstehend dokumentieren. KPÖ-Politiker begnügen sich freiwillig mit einem Durchschnittsgehalt, was darüber hinausgeht wird in einen Sozialfonds gespendet und steht somit Menschen mit finanziellen Problemen zur Verfügung.

Politikerbezüge ab 1.1.2016

brutto, monatlich, 14 x pro Jahr, gerundet

Nationalratsabg. = Berechnungsgrundlage	8.685
Landeshauptmann Schützenhöfer	16.501
Landeshauptmann-Stellv.	15.633
Mitglied Landesregierung	14.764
Klubobleute Landtag	10.856
Landtagspräsidentin B. Vollath	11.724
Abgeordnete zum Landtag	5.645
Bürgermeister Graz	13.461

Kommentar

Von **LAbg. Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ**

Wer Flüchtlingseleid beenden will, muss aufhören, Kriege zu führen und Waffen zu liefern



Die meisten von uns haben das Glück, in einem Land zu einer Zeit geboren worden zu sein, wo sie das Elend des Krieges nicht miterleben mussten. Hoffentlich müssen unsere Kinder und Enkel nicht erleben, was die Menschen, die heute, meist auf dem Weg nach Deutschland, durch Österreich ziehen, erleiden müssen.

Wer seine Heimat verlässt und dabei sein Leben riskiert, hat nichts mehr zu verlieren. Die Realität ist, dass ein (wenn auch kleiner) Teil von ihnen in Österreich bleiben wird.

„Wer das Flüchtlingseleid beenden will, muss aufhören Kriege zu führen und Waffen zu liefern!“ Das hat der deutsche Politiker Oskar Lafontaine gesagt. Kriege passieren nicht, Kriege werden geführt. Es geht um politischen Einfluss und darum, dass jemand sehr gut am Krieg verdient.

Größter Profiteur ist die Waffenindustrie. Die islamistischen Al-Nusra-Milizen kämpfen mit in Deutschland produzierten Panzerabwehrraketen. Der „Islamische Staat“ kämpft mit Raketen aus Deutschland. Gewehre aus österreichischer Produktion tauchen im irakisch-syrischen Kriegsgebiet auf.

Dass weltweit immer mehr Menschen aus ihrer Heimat flüchten müssen, ist Ausdruck einer verfehlten Politik. Es ist eine neoliberale Politik, die von Konzernen und Banken diktiert wird. Hinter dieser Politik stehen reale Menschen. Sie sind die Drahtzieher der Flüchtlingsströme, aber auch des Sozialabbaus, der immer weitere Teile der Bevölkerung trifft. Solange sich daran nichts ändert, werden wir immer wieder vom Elend eingeholt. Deshalb ist es nötiger denn je, einen anderen Weg einzuschlagen.

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: MHM Mitteilungsblatt für Hönigsberg, Ganz und Mürzzuschlag, Wienerstraße 148, 8680 Mürzzuschlag. E-Mail: kpoemuerz@gmail.com • Web: <http://muerzzuschlag.kpoe-steiermark.at> Tel. und Fax: 03852/24 53. Druck: Kurz Hönigsberg. **Offenlegung:** MHM – Zeitung der KPÖ Regionalleitung Mürzzuschlag – dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

SOZIALBERATUNG DER KPÖ

UNABHÄNGIG – VERTRAULICH – ZUVERLÄSSIG

Fragen zu Mindestsicherung, Wohnungsproblemen, familiäre Fragen,
arbeitsrechtliche und andere Probleme.

Helfen statt Reden!

Dienstag 12. Jänner ab 15.00 Uhr

KPÖ Mürzzuschlag Wienerstrasse 148

Um Wartezeiten zu vermeiden ist telefonische Voranmeldung erforderlich

0650 2710550 oder per Mail: kpoemuerz@gmail.com

M-H-M PREISRÄTSEL

WIR GRATULIEREN DEN GEWINNERN VOM MÄRZ

1. Preis: 35 € Euro Billa-Gutschein: Hermann Arlt, Mürzzuschlag **2. Preis: 25 € Billa-Gutschein:** Gernot Reiningger, Hönigsberg **3. Preis je 1 Fläche Red Roots Wein vom Wein-gut Markowitsch:** Johann Gleissenberger, Mürzzuschlag, Günther Müller, Mürzzuschlag; Pauline Schrollenberger, Mürzzuschlag; Wir bedanken uns bei allen Teilnehmern des Rätsels und gratulieren den Gewinnern!

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
					11		I		
12						III		13	
14		X		15	16		17		
18					19				VIII
20		21	22			23	24		25
				V	26			VII	
27	28		29				30		31
					32	VI	IX		
33			34	35	36		37	XII	
		II			38				
39		40					41		
				42		XI	43		IV

Das Lösungswort ergibt sich aus den Buchstaben in den römisch nummerierten Feldern. Um beim Gewinnspiel mitzumachen, einfach Lösungswort mit Ihrer Anschrift an KPÖ Mürzzuschlag übermitteln. Via E-Mail: kpoemuerz@gmail.com oder an die KPÖ, Wienerstr. 148, 8680 Mürzzuschlag senden bzw in den Briefkasten einwerfen. Einsendeschluss 31.Jänner 2016, der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
---	----	-----	----	---	----	-----	------	----	---	----	-----

Name: _____

Strasse: _____

Wohnort: _____

- Südfrucht
- Staat der USA
- Grundstoffteilchen
- Ausruf der Verwunderung
- norwegische Hauptstadt
- Fluss zum Weißen Meer
- persönliches Fürwort
- amerikanischer Filmstar u. Tänzer (Fred)
- Tier, Pflanze, Mensch, aus fernen Ländern
- Zeichengerät
- eine Pflanze; ein Gewebe
- angepasst, bürgerlich
- schlechter Leumund
- Adelsprädikat
- Rebsorte (Weißwein)
- fremde Währung
- Name mehrerer engl. Flüsse
- Strom in Ostasien
- artistische Showbühne
- breiige Masse
- Handelsplatz
- Gebirge auf Kreta
- pers. Fürwort (zweite Person)
- Unterkunft, Asyl
- Windröschen
- freiheitlich; vorurteilslos
- Sittlichkeit; Sittenlehre
- Kurzhalsgiraffe
- Sitzmöbelstück
- weibliches Märchenwesen
- Pampasstrauß
- Rendezvous, Meeting
- Erfindungsschutzurkunde
- französisch: Wasser
- Karteikartenkennzeichen
- Sinnesorgan
- Leumund, Ansehen
- Oper von Carl Maria von Weber
- Katzenschrei
- Frauengestalt im „Freischütz“
- Bindewort
- Nachtlokal
- Kletterpflanze

Gedanken zu Flucht, Migration und deren Ursache

Flucht und Migration werden uns noch lange beschäftigen. Weltweit sind rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht. So viel waren es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Die meisten bleiben in Afrika und Asien. Nur einem kleinen Teil gelingt die Flucht nach Europa.

Ursache für die Flüchtlingsströme ist das kapitalistische Wirtschaftssystem, das immer mehr Menschen ihre Lebensgrundlage raubt. Auf der Jagd nach Höchstprofit steigt die Ausbeutung von Mensch und Natur. Rohstoffe werden geplündert, ganze Landstriche verwüstet, die Lebensbedingungen für die örtliche Bevölkerung zerstört. Menschen sind auf der Flucht. Sie fliehen aus Ländern in denen USA, NATO und EU Krieg geführt und Chaos hinterlassen haben.

Hilfsbereitschaft, aber auch Ängste und Ablehnung

In den letzten Wochen wurde unser Land von einer Flüchtlingswelle überrollt. Neben großer Hilfsbereitschaft gibt es Ängste, Ablehnung und Hass. Viele Menschen haben Sorge ihren Arbeitsplatz zu verlieren, sich die Wohnung nicht mehr leisten zu können, dass ihre Löhne gesenkt werden. Nicht wenige sehen den Zusammenhalt der Gesellschaft in Gefahr.

Natürlich schaffen diese Flüchtlingsströme Probleme und verursachen Kosten. Übrigens machen die Kosten für die Asylwerber sicherlich nur einen Bruchteil der Kosten für die Bankenrettung oder die Hypo-Alpe-Adria aus.

Erna Kumpel



Die Fremden haben mir die Arbeit nicht weggenommen. Es war der Firmenchef aus Österreich, der mich gekündigt hat.

Lösungen statt Hetze

Für die Probleme braucht es Lösungen – nicht Hetze. Die Flüchtlingsströme sind eine Realität, mit der wir noch lange leben müssen. Deshalb braucht es bei uns hohe soziale Standards, damit die Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden können. Wir müssen uns um die Menschen küm-



foto jordi bernabeu, flickr.com

mern, die jetzt zu uns kommen. Genauso wie wir uns um die Menschen in Österreich kümmern müssen, die sich das tägliche Leben kaum noch leisten können. Sie gegeneinander auszuspielen ist falsch.

Jugendliche ohne Arbeit, Beschäftigte in einer immer brutaleren Arbeitswelt, Menschen, die mit ihrem Einkommen kaum noch auskommen und Menschen, die vor Krieg und Elend flüchten – sie alle sind Opfer des Kapitalismus. Nicht die Flüchtlinge, sondern die ungerechten Verhältnisse sind das Problem.

Wer vor Krieg und Terror flüchtet hat ein Recht auf Schutz. Diesen Schutz zu gewähren ist eine Aufgabe der Weltgemeinschaft. Flüchtlingshilfe darf nicht mit Zuwanderungspolitik verwechselt werden. Für die Flüchtlingskrise muss es eine menschliche Lösung geben – und es muss eine Lösung sein, für die nicht die arbeitenden Menschen die Zeche bezahlen.

Rüstungsindustrie besteuern

Wir brauchen genügend Arbeitsplätze für alle, die hier leben, einen gerechten Mindestlohn, damit Zuwanderer nicht als Lohndrucker missbraucht werden können und eine generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Wir brauchen eine Vermögensbesteuerung. Es kann nicht angehen, dass eine kleine Elite immer reicher wird, während für die anderen das Leben immer schwerer wird.

Wir brauchen eine neue Friedensbewegung und eine Bewegung gegen die Macht der Konzerne und für eine gerechte und solidarische Gesellschaft. Denn wenn die Weltentwicklung so weitergeht, gehen wir alle – egal ob Einheimische oder Zuwanderer – keiner guten Zukunft entgegen.